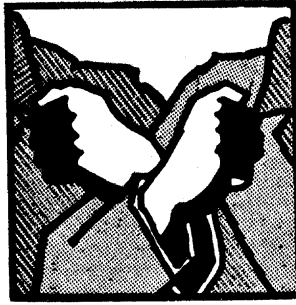


# Rote



# Hilfe

**Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT!**

## Nieder mit der neuen Strafprozessordnung! Prozesslawine gegen Revolutionäre

"Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts der Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland in Tateinheit mit öffentlicher Billigung von Verbrechen..." Jeder Genosse revolutionärer Organisationen, der für Flugblätter und Schriften seiner Organisation verantwortlich zeichnet, hat schon einen ganzen Stapel solcher und ähnlicher Briefe vom Staatsanwalt zu Hause. Inzwischen geht die Klassenjustiz mehr und mehr dazu über, gleich Strafbefehle auszusprechen.

Täglich ergehen aus den Schreibstuben der Staatsanwaltschaften, der Amts- und Landgerichte Ermittlungsverfahren, Anklageschriften, Ladungen, Strafbefehle gegen Revolutionäre. Eine ganze Lawine von Prozessen hat die Klassenjustiz gegen sie angestrengt. Verfahren gegen presse-rechtlich Verantwortliche. Verfahren wegen "Sachbeschädigung", weil revolutionä-

re Plakate geklebt wurden. Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit Körperverletzung", weil ei-ner sich nicht freiwillig festnehmen lassen wollte. Auf jede Aktion revolutionärer Or-ganisationen antwortet die Bourgeoisie mit wütenden Anklageschriften, Strafbefeh- len.

Ja, die Herren haben gemerkt, daß es

wieder eine Kommunistische Partei und revolutionäre Organisationen gibt im Lan-de. Und mit Sorge beobachten sie, daß die-se Organisationen mehr und mehr unter den werktätigen Massen bekannt und aner-kannt werden. Wenn aber die revolutionä-ren Ideen die Massen ergreifen - dann hat das letzte Stündlein der Ausbeuterklasse geschlagen. Das wissen die Herren gut. Getroffene Hunde bellen. Je offensicht-licher für die Massen die Flugblätter und Schriften die Wahrheit sagen, desto lauter geifert die Klassenjustiz: "Lüge!" "Verächtlichmachung" "Beleidigung" usw. Das beste Beispiel sind die Prozesse um den Polizeimord an Günter Routhier. Über-all in den Betrieben, in den Arbeitersied-lungen, wo Flugblätter die Wahrheit über den Tod Routhiers hintrugen, fanden er-regte Debatten statt, an deren Ende meist stand: Jawohl, es ist wahr, die Polizei hat ihn ermordet. Heute muß sogar die Staatsanwaltschaft diese Möglichkeit einräumen. Und doch gibt es kaum eine Ortsgruppe der KPD/ML, der RHD, wo nicht einigen Genossen Prozesse ins Haus stehen - oder schon gewesen sind - weil sie den Mord einen Mord nannten oder es gar wagten, ihrem Genossen das letzte Geleit zu geben.

Auch die Gruppe Rote Fahne, der "K"BW und andere werden mit einer Flut von Prozessen bedacht. Mit ihrer Prozesslawine hofft die Bourgeoisie, die revolutionären Orga-nisationen zu zermürben, finanziell zu ruinieren, ihre Anhänger einzuschüchtern.

Sie hofft vergebens. Denn die wahrhaft revolutionären Organisationen und ihre Mitglieder schöpfen ihre Kraft aus einer unerschöpflichen Quelle: aus der Ver-bundenheit mit den Massen des Volkes, aus seiner Solidarität. Und darum krie-

Forts. auf S. 2

### 228 Anklagen

wurden in der Zeit vom 1. Oktober 74 bis zum 1. März 75 gegen Revolutionäre und Kommunisten erhoben.

219 Revolutionäre standen in diesem Zeitraum vor der bürgerlichen Klassen-justiz.

Sie wurden zu **13 Jahre 1/2 Monat Gefängnis ohne Bewährung**  
zu **2 Jahren 3 Monate Gefängnis mit Bewährung**  
zu **4 Wochen Arrest**  
und zu **39150 DM Geldstrafe** verurteilt

Bei den Prozessen wurden **139 Tage Ordnungshaft** verhängt.

Außerdem wurden **Strafbefehle über insgesamt 65797 DM** verhängt.

Diese Übersicht ist noch nicht vollständig!

**Schafft Rote Hilfe!**

**Spendet auf das Konto der RHD!**

Stadtparkasse Gelsenkirchen  
Kto. Nr. 122 001 729, Held

## Freiheit für Bernd, Hubert und Peter!

Seite 3

chen die Genossen auch nicht vor der Klassenjustiz zu Kreuze. Im Gegenteil ruft die Prozeßlawine nur neue Empörung gegen die Bourgeoisie hervor, werden neue Kämpfer gewonnen. Daß das so ist und so bleibt, dafür steht die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ein. Wir machen es uns zur Aufgabe, den angeklagten Genossen den Rücken zu stärken, auch durch juristische Hilfe. Wir stellen für den Prozeß die proletarische Öffentlichkeit her, auch wenn die Klassenjustiz die Öffentlichkeit aus dem Gerichtssaal verbannt hat. Und unsere Roten Helfer werden nicht müde werden, jeden Groschen einzusammeln, den Werktätige zu geben bereit sind, um angeklagte Revolutionäre finanziell zu unterstützen. Die Klassenjustiz fürchtet sich heute bereits vor den Prozessen, die sie selbst gegen Revolutionäre anstrengt. Zu oft schon hat sie erleben müssen, daß ihr sorgfältig eingefädeltetes Gerichtsverfahren unversehens zum Tribunal gegen sie selbst wurde. Zitterte doch erst jüngst ein Mannheimer Richter so sehr, daß er den Prozeß lieber ausfallen ließ: er hatte in einem Flugblatt gelesen, daß er selbst auf die Anklagebank gehörte in diesem Prozeß. Darum haben die Parlamentarier des Kapitals nun ein neues Gesetz gemacht, um Revolutionäre von ihrem Prozeß auszuschalten und ihre Verteidigung zu behindern - die neue Strafprozeßordnung.

- Die Gerichtsverhandlung kann jetzt auch ohne den Angeklagten stattfinden, wenn der sich nach Ansicht der bürgerlichen Klassenjustiz "vorsätzlich und schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand versetzt" hat. Also z. B. durch einen Hungerstreik Oder vielleicht auch dadurch, daß er ein Rollkommando "proviziert hat", das ihn noch schnell vor dem Prozeßtermin verhandlungsunfähig zusammenschlägt. ??? (§ 231 a)

- Ein Anwalt darf nicht mehrere Angeklagte in der gleichen Sache verteidigen. Dadurch wird das Recht der Angeklagten auf die Wahl des Verteidigers schwer beschnitten, denn fortschrittliche Anwälte gibt es schließlich nicht wie Sand am Meer in jeder Stadt. (§ 146)

- Ein Verteidiger wird von der Mitwirkung in einem Verfahren ausgeschlossen, wenn er "dringend verdächtig ist" daß er den Verkehr mit dem Angeklagten in Untersuchungshaft dazu mißbraucht, "Straftaten die im Höchstmaß mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sind, zu begehen" - also z. B. Unterstützung einer sogenannten "kriminellen Vereinigung" oder "die Sicherheit einer Vollzugsanstalt erheblich zu gefährden". (§ 138 a) Wie schwer wird es der bürgerlichen Klassenjustiz wohl fallen, solchen "dringenden Verdacht" zu schaffen?



Werktätige! Worauf laufen denn diese Bestimmungen hinaus? Auf nichts anderes in der Praxis als auf Schnell- und Sondergerichte nach Nazi-Manier, schnelles Aburteilen hinter verschlossenen Türen. Hier wird doch das "rechtsstaatliche" Gerichtsverfahren gegen politische Angeklagte nur noch dem Namen nach aufrechterhalten, um den Schein zu wahren. Tatsächlich aber hat sich die Klassenjustiz damit die Handhabe geschaffen, unkontrolliert ohne Angeklagten mit ihr genehmen Verteidigern, ohne Öffentlichkeit ihre Urteile "im Namen des Volkes" zu fällen.

Heute bereits wird die neue StPO angewandt. Die gemeinsame Verteidigung etwa der RAF-Genossen, oder auch der Angeklagten des RAKT ist verhindert. Namentlich die Genossen der RAF haben Schwierigkeiten, überhaupt noch von einem fortschrittlichen Anwalt verteidigt zu werden., da ein Anwalt immer nur einen Genos-

sen verteidigen darf und sie nur drei Wahlverteidiger nennen dürfen. Rechtsanwalt Croissant soll nach dem Willen von Generalstaatsanwalt Bueback von der Verteidigung ausgeschaltet werden.

In Mannheim wurde anlässlich eines Prozesses gegen einen Verteiler von Flugblättern der KPD/ML die Öffentlichkeit gleich für den ganzen Tag von sämtlichen Prozessen in diesem Gerichtsgebäude ausgeschlossen.

Angeichts dieser Tatsachen kann es keinen Zweifel geben, daß diese neue Strafprozessordnung mit ganzer Kraft bekämpft werden muß. Sie ist ein faschistisches Machwerk gegen das Volk.

**DIE NEUE STRAFPROZESSORDNUNG MUSS WEG!**

## ZITATE

Einem Kieler Genossen, der bei der Beerdigung Günter Routhiers festgenommen worden war, nahm man im Transportwagen einen roten Stern mit einer 4 cm langen Anstecknadel ab mit der Begründung: es sei eine "Stichwaffe". Jetzt wissen wir endlich, was mit den "Hieb- und Stichwaffen" gemeint war, mit denen die KPD/ML zu Günthers Beerdigung gekommen sein soll!

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Dieter Hofmann, dessen Wohnung bei den Polizeiaktionen nach der Lorenz-Gefangennahme durchsucht worden war, wurde zur Erkennungsdienstlichen Behandlung aufs Polizeirevier gebracht. Während des Transports protestierte er gegen die Behandlung durch die Polizei. Antwort: "Ich habe den Finger am Abzug der MP. Und ich bin heute sehr nervös." Die Dienstnummer des Polizisten wurde ihm verweigert.

Im Bochumer Roter-Punkt-Prozess hatte der Richter Schwierigkeiten, aus den widersprüchlichen Angaben dreier Polizeizeugen etwas für die Angeklagten belastendes herauszubekommen. Er bedauerte, daß so was noch zwei Jahre später verhandelt werden müßte. "In Amerika", lobte er, "wird sowas an Ort und Stelle gemacht - mit dem Gummiknüppel, und daran geht der Rechtsstaat auch nicht kaputt."

Im gleichen Prozess fragte eine beisitzende Richterin, wie denn die dienstlichen Äußerungen der Polizisten, die sich in den Akten befinden, gewöhnlich zustandekommen. Der Polizeizeuge gab an, daß sie immer die Runde machen und dann nur Ergänzungen vorgenommen werden. Sie schreiben also voneinander ab und bauen so Anklagen zusammen.

## Freiheit für die spanischen Antifaschisten!

In den Kerkern der faschistischen Franco-Diktatur befinden sich über 1.500 politische Gefangene in Haft, Revolutionäre, aufrechte Demokraten und Antifaschisten. 50 Antifaschisten, Mitglieder und Sympathisanten der FRAP, sind seit 1 1/2 Jahren eingekerkert, weil sie an den revolutionären Demonstrationen am 1. und 2. Mai 1973 teilgenommen haben sollen, wofür es keinen Beweis gibt. Ihnen stehen jetzt Terrorprozesse bevor. 31 Verhaftete vom 1. und 2. Mai sollen zu insgesamt 629 Jahren Kerker verurteilt werden. Die Rote Hilfe Deutschlands ruft auf: Unterstützt den Kampf der verhafteten Antifaschisten und ihrer Angehörigen! Spendet auf das Konto: O. Hübner (Duisburg), PschA Esn Nr. 278 506 434, Kennwort: Espana p.

# Freiheit für Bernd, Hubert und Peter!

Am Mittwoch, dem 12. Febr. 1975, wurden die Genossen Bernd Reisser und Hubert Lehmann in zweiter Instanz zu je einem Jahr, der Genosse Peter Bayer zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Jeden Tag müssen sie mit Strafantritt rechnen.

Die Möglichkeit einer Revision ist nicht mehr gegeben, da alle drei nach dem Jugendstrafrecht verurteilt wurden.

Sie werden mit die ersten Genossen der KPD/ML und der RHD sein, die für längere Zeit ins Gefängnis müssen. Für uns aber gilt nicht das Urteil des bürgerlichen Gerichts, sondern das Urteil des Volkes.

Und wie das lautet, haben die Kollegen von Bernd in ihrer Solidaritätsresolution bereits ausgedrückt.

"Auch wenn Du verurteilt wirst, bis Du doch für uns niemals ein Verbrecher."

Am Roten Antikriegstag 1972 demonstrierten 6.000 fortschrittliche Menschen, Antimilitaristen und Kommunisten unter Führung der KPD/ML gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden.

Mit Bannmeilen, Demonstrationsverbot, 25.000 Bundesgrenzschutzsoldaten, und 5.000 Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, wurde der Notstand geübt.

Aber die Bannmeile, das Demonstrationsverbot, wurde mit Gewalt durchbrochen und das Recht auf die freie Straße erkämpft. Diese "Gewaltanwendung" soll bestraft werden. Als Grundlage für die Verurteilung dienten der bürgerlichen Klassenjustiz einige Fotos, auf denen angeblich die angeklagten Genossen zu sehen sein sollten. Klaus Stahl, der vierte Angeklagte mußte allerdings in zweiter Instanz freigesprochen werden - so haltlos war bei ihm der Foto-"Beweis".

Bevor der Prozeß begann, kämpfte die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS mit der KPD/ML für die Solidarität mit den Angeklagten unter der Parole: Freispruch für die Angeklagten des Roten Antikriegstages Bernd, Peter, Hubert und Klaus. Hausbesuche, Informationsstände, Briefkastenaktionen, Gespräche mit Sympathisanten und Kollegen halfen die Solidaritätsfront aufzubauen. Stammtische fanden zu diesem Thema statt. Wandzeitungen, Plakate und Flugblätter berichteten über den Prozeß und riefen zu ihm auf.

Am 28. 1. 75 begann der Prozeß. Die Eingänge zum Gerichtssaal waren von bewaffneter Polizei abgesperrt. Jeder der hinein wollte, wurde gründlich durchsucht. Selbst die Blumen der Angeklagten, die sie zum Zeichen der Solidarität bekommen hatten.



Von Anfang an war klar, der Prozeß geht nicht gegen vier Einzelpersonen, sondern gegen vier Kommunisten, stellvertretend für die 6.000 Demonstranten vom 2. Sept. 72, stellvertretend für ihre Partei, die KPD/ML.

Nacheinander erklärten die Genossen, daß sie von diesem Gericht keine Gerechtigkeit zu erwarten haben und daß sie sich auch nicht vor ihm verantworten werden, daß das Gericht immer im Sinne seiner Brötchengeber handelt, den Herrn von Fabrik und Bank und niemals im Sinne des Volkes.

Wie richtig das war, bewies sich, als Genosse Bernd anfang, die Solidaritätsresolution seiner Kollegen im Betrieb vorzulesen. Sofort unterbrach ihn der Vorsitzende, Richter Höfner: Was seine Kollegen im Betrieb sagen interessiere ihn nicht.

Das beweist auch der Ausschluß der Öffentlichkeit am 2. Verhandlungstag. "Erzieherische Gründe", hieß es.

Richter Höfner: "Wir sind doch nicht blöd, um zu sehen, wie die Zuschauer ihnen Unterstützung geben."

Die wahren Gründe nannte Höfner Wochen vorher auf einer Juristentagung: "Um mit den Angeklagten fertig zu werden, reicht in den meisten Fällen der Ausschluß der Öffentlichkeit aus." Der Ausschluß war geplant!!

Wer auf der Seite der Angeklagten steht, zeigten nicht zuletzt die 20.000 Unterschriften, die vor allem für Sascha einen deutschen Pass und Freispruch fordern. Solidaritätsresolutionen aus vielen Orten der DDR trafen ein, un-

Fortsetzung auf Seite 6

Einer der Kollegen von Bernd, der jeden Tag vor dem Gerichtssaal oder auf Veranstaltungen war, berichtet über die Gespräche im Betrieb: "Alle Kollegen im Betrieb haben gesehen, daß man jetzt einen aus ihrer Mitte rausreißen will. Als ich ihnen erzählt habe, wie die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, wie sofort Bullen bereit wären, die der Saal räumen und überhaupt das ganze Polizeiaufgebot. Da sagte eine Kollegin immer wieder, das gibt es doch gar nicht. Ist denn der Bernd ein Massenmörder, ein Amokläufer, der eine riesige Gefahr für die Öffentlichkeit darstellt? Darauf sagte ich: 'Der Bernd und die anderen Angeklagten stellen schon eine große Gefahr dar, und zwar nicht für das Volk, sondern für die Herrschende Klasse, und deswegen die großen Sicherheitsvorkehrungen. Daß ja das Volk nicht mitbekommt, wie ein bürgerliches Gericht Revolutionäre wegen ihrer Gesinnung verurteilt.' Jeden Tag, wenn ich auf die Arbeit kam, mußte ich in der Früh sofort berichten, was sich am Vortag im Prozeß zugetragen hatte. Die Kollegen waren immer sehr schockiert. In die Aussagen mischte sich immer mehr offene Angst um den Kollegen ein. Jeder sagte immer wieder, daß Bernd im Betrieb sehr beliebt ist und zeigten ihre Bewunderung darüber, daß er sich so stark für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzt, auch vor Gericht.

Eine Kollegin meinte, es wird für sie der schönste Tag, wenn Bernd wieder zur Arbeit kommt und nicht sofort verhaftet wird. Daß aber, wenn er in den Knast kommt, wir ihn auch nicht vergessen werden. Wenn man darf, werden wir ihn besuchen und unbedingt Pakete mit Essen schicken, weil das Essen im Knast sehr schlecht sein soll und es ja kein Obst und Süßigkeiten gibt. Sie haben für ihn während der Verhandlungstage Essenspakete gemacht, weil der Prozeß bestimmt viel Geld kostet, er es also bestimmt gebrauchen kann, als Unterstützung."

Diese Kollegen haben Rote Hilfe geleistet. Sie haben sich Gedanken gemacht, wie sie dem Genossen helfen können und haben geholfen. Sie haben ihm ihre Solidarität versichert und damit nicht nur materielle sondern auch moralische Hilfe geleistet.

# Solidaritätsresolutionen

Die Ortsgruppe Dortmund schickte uns folgende Solidaritätsresolution:

## An die kämpfende Bevölkerung von Wyhl!

Die Ortsgruppe Dortmund der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS solidarisiert sich mit eurem gerechten Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes in eurer Region. Rücksichtslos wollen hier die Kapitalisten und ihr Staat eure Existenz ruinieren, allein um ihrer Profite willen. Rücksichtslos haben sie ihre Polizei gegen Euch eingesetzt und bedrohen Euch nun mit zahlreichen Prozessen und hohen Strafen. Euer entschlossener Kampf ist ein Beispiel für alle, die für die berechtigten Forderungen der werktätigen Bevölkerung eintreten. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS bekämpft jede Unterdrückung Eurer berechtigten Forderungen. Wir helfen jedem, sich gegen diese Unterdrückung durch die Kapitalisten und ihren Staat zur Wehr zu setzen. Als Beweis unserer Solidarität haben wir auf unserer heutigen Mitgliederversammlung 100, --DM gesammelt für Euren Kampf gegen die drohenden Prozesse. Wir fordern Euch auf, Euch mit Euren Sorgen und Wünschen an die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS zu wenden.

Kämpft weiter bis zur vollständigen Durchsetzung Eurer Forderungen.

Kämpft mit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS gegen Polizeiterror und politische Unterdrückung.

Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dortmund der RHD

Dortmund, 2. März 1975

Auch die Bochumer Genossen schickten uns eine Solidaritätsadresse an die werktätige Bevölkerung von Wyhl und Umgebung, beschlossen auf der Sitzung vom 24. 2. 1975.

## Mordanschläge

Außerdem erreichten uns folgende Resolutionen:

Den faschistischen Mordanschlag auf Heinz Scholz verurteilen wir auf dem Stammtisch der RHD Marburg anwesenden Kollegen und Genossen vom 11. 2. sowie der öffentliche Stammtisch der Ortsgruppe Mannheim/Ludwigshafen der RHD vom 7. 2.

Ebenfalls auf dem Stammtisch der Ortsgruppe Mannheim/Ludwigshafen am 7. 2. wurde eine Solidaritätsadresse zum Mord an Ernst Wiesneth verabschiedet.

## Antikriegstagsprozesse

Solidaritätsresolutionen an die Angeklagten und Verurteilten des Münchener Antikriegstagsprozesses, an Peter Bayer, Klaus Stahl, Bernd Reisser, Hubert Lehmann und Sascha Haschemi erreichten uns vom Stammtisch der Ortsgruppe Marburg vom 28. 1. , von einer Veranstaltung der Roten Garde Stuttgart am 14. 2. , von der Initiativgruppe der RHD Darmstadt, verabschiedet auf der Sitzung am 23. 2. , sowie vom Stammtisch der Ortsgruppe Mannheim/Ludwigshafen vom 17. 1. Letztere wurde auch auf einer gemeinsamen Veranstaltung der KPD/ML und der RHD in München verlesen. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung unterstützten die Resolution und fordern zusätzlich die sofortige Freilassung des Genossen Hans Marzini sowie Freispruch für ihn und die anderen angeklagten Antifaschisten.

## RAF-Gefangene

Solidaritätsadressen mit den politischen Gefangenen der RAF wurden uns im neuen Jahr aus Gießen, Westberlin und Kassel zugeschickt.

## Tod dem Faschismus!

Aus Mannheim/Ludwigshafen kam ferner eine Resolution der RHD, der KPD/ML und des Wahlschusses Ludwigshafen der Wählergemeinschaft "Kämpft mit der KPD!" Darin wird zum Kampf gegen den Faschismus und gegen den Revisionismus aufgerufen. Die Genossen hatten gemeinsam die Wahlveranstaltung der NPD am 21. 2. in Ludwigshafen gestürmt. Außerdem haben sie 120, -- DM für die Rote Antikriegstagsprozesse und für den Prozeß gegen Genossen Hans Marzini und die anderen angeklagten Antifaschisten gesammelt.

## Hände weg von der RHD!

Michael Banos, der bisherige presse-rechtlich Verantwortliche der Rote-Hilfe-Zeitung und der zentralen Flugblätter hat inzwischen 3 Strafbefehle über zusammen 2600, -- DM und 5 weitere Ermittlungsverfahren erhalten. Die Verfahren beziehen sich auf Flugblätter der Roten Hilfe zum Prozess gegen Osswald und Schulte im Frühjahr 1974, zum Mord an Günther Routhier und zum Hungerstreik der RAF-

genauso wie andere revolutionäre Organisationen kriminalisieren will. Sie will die Propaganda der Roten Hilfe grundsätzlich für illegal und als "Verunglimpfung" erklären. Inzwischen wird in den Strafbefehlen als "Verunglimpfung" verurteilt, wenn die Rote Hilfe von der "Bourgeoisie" redet. "Aus dem Zusammenhang ist erkennbar, daß Sie Bourgeoisie und Staat gleichsetzen und durch den synonymen Gebrauch (Gleichsetzung) dieser Begriffe die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen wollen" (Anlage zu einem Strafbefehl).

Im neuesten Verfahren wird sogar der Begriff "Politische Unterdrückung" untersagt.

Darüber hinaus aber zielt die Bourgeoisie darauf ab, den § 129 "Kriminelle Vereinigung" auf die Rote Hilfe anzuwenden. Bei einer Hausdurchsuchung in Böblingen Ende letzten Jahres wurde Programm- und Statutenentwurf der RHD beschlagnahmt. Begründung: Es bestehe Verdacht der Unterstützung einer "unanfechtbar verbotenen Vereinigung" bzw. deren "Ersatzorganisation." Das Amtsgericht änderte später die Begründung um in Verdacht auf "böswillige Verächtlichmachung", doch wir erinnern uns gut an die Hetze der Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Unterstützung des Hungerstreiks. Dort wurde der Roten Hilfe "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen und von daher ist es nicht weit bis zur Anwendung des § 129 auf die RHD.

Diese Illegalisierungsversuche gegen die RHD müssen wir entschlossen bekämpfen. Sie beweisen: die Bourgeoisie fürchtet die Solidarität der Massen mit den politisch Verfolgten.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN !

HÄNDE WEG VON DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS !



"Sie behaupten, hier gäbe es politische Unterdrückung? Das ist eine böswillige Verächtlichmachung! Ich werde dafür sorgen daß Sie und ihre politischen Freunde unterdr... ah - Ihnen das Handwerk gelegt wird !"

Gefangenen. Fast alle Verfahren laufen wegen § 90a StGB: "Böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik" und eins wegen "Nichtanzeige von geplanten Verbrechen" und "Billigung von Sprengstoffanschlägen" (§ 138 StGB). Auch gegen die örtlichen Presseverantwortlichen der Roten Hilfe Deutschlands sind inzwischen zahlreiche Verfahren und Strafbefehle eingeleitet worden. Das beweist, daß die Bourgeoisie die RHD

# 1927, 1933 und heute.

## Hütet euch vor Zugeständnissen an den Klassenfeind!

Am 7. 3. ist in Dortmund ein 81 jähriger Altgenosse der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS beigetreten. Vor mehr als 50 Jahren hat er den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution und den Sozialismus aufgenommen und führt ihn auch heute, trotz schwerer Verfolgungen, die er erlitten hat, trotz Krankheit und hohen Alters weiter. Wir drucken hier die Eintrittserklärung des Genossen ab:

Dortmund, den 7. März 1975  
Ich freue mich, daß die ROTE HILFE neu gegründet worden ist, um im Klassenkampf den bedrängten Mitmenschen, die als Revolutionäre verfolgt werden, mit Rat und Tat beizustehen. Ich selbst habe die Unterstützung durch die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS in schwerer Zeit nicht vergessen, obwohl sie schon 50 Jahre zurückliegt. Jene Zeit hat viel Ähnlichkeit mit der heutigen. - Ich stelle hiermit den Antrag auf Mitgliedschaft in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS. Leider kann ich zwar aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr viel tun, will aber die Arbeit der ROTEN HILFE zumindest mit meiner Erfahrung und meinem Rat als ehemaliger Kämpfer der KPD und der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS unterstützen, solange ich noch kann.

Hütet euch in eurem Kampf vor jeder Art von Opportunismus und Zugeständnissen an den Klassenfeind!

Rotfront!  
gez. Ch. W.

### § 129

Genosse W. stand 1927 in Leipzig - im gleichen Saal in dem später gegen Georgi Dimitroff wegen des Reichstagsbrandes verhandelt wurde - vor dem Reichsgericht :

"Im Inlande in den Jahren 1924 und 25 durch ein und dieselbe fortgesetzte Handlung

1) das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des deutschen Reiches und der Länder gewaltsam zu ändern, vorbereitet zu haben

2) an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 StGB) die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und der Länder zu untergraben, teilgenommen und sich einer solchen Verbindung, die selbst und deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen, angeschlossen zu haben. . . "

(Aus der Anklageschrift des Oberreichsanwaltes.)

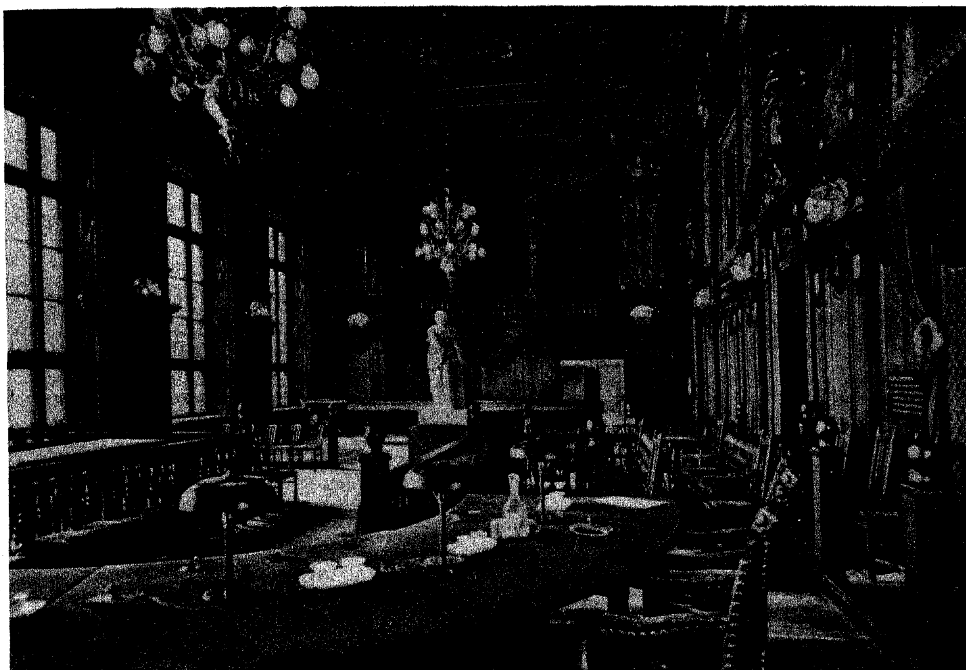
Der § 129, von dem dort gesprochen wird, ist der noch heute unverändert bestehende Paragraph "kriminelle Vereinigung", der auch heute wieder gegen revolutionäre Organisationen angewendet wird.

Genosse W. wurde zu 9 Monaten Festungshaft verurteilt, nachdem er bereits zweimal länger in Untersuchungshaft gewesen war. Durch eine der Amnestien, die die ROTE HILFE erkämpfte, kam er aus dem Gefängnis frei.

Damals schrieb Genosse W. an den "Roten Helfer", die Zeitung der RHD: "Wir gelobten unseren Mitgenossen beim Verlassen des Kerkers, daß wir

alles daran setzen würden, um auch ihre Befreiung recht bald wahr werden zu lassen. Dies kann natürlich nicht der Einzelne, sondern dazu muß jeder Helfer beitragen, daß die Organisation verzehnfacht wird, daß wir tiefer in die Massen kommen, um durch diese Vertiefung eine der großen Organisationen zu schaffen, die im Befreiungskampf eine der vornehmsten Rollen zu besetzen hat. Mit diesem Versprechen gingen wir in die Freiheit." (Der Rote Helfer, Dez. 1927)

Genosse W. ist, wie seine Beitrittserklärung zeigt, sein Leben lang diesem Versprechen treu geblieben,



Mit Prunk umgeben, aber innerlich verfault und verrottet - die bürgerliche Klassen  
Hier der Gerichtssaal, in dem Dimitroff das faschistische Gericht besiegte

## Berufsverbot

### Stadtverwaltung Dortmund

Westfalenhaus, Hansastr. 11,  
Zimmer Nr. 220

Fremdf.-Sammelnummer 20111,  
Nebenschluß Nr. 2627

Ihre Zeichen: Ihr Schreiben vom: Unser Zeichen: Tag:  
-93/1- 19.6.33.

Beit:

Auf Grund des § 15 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufs-Beamtentums von 7.4.1933 kündigen wir Ihnen hiermit das Arbeitsverhältnis zum 5.7.1933, weil Sie nach Ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten. Aus dem Arbeitsverhältnis haben Sie sofort auszuscheiden.

Garten- und Friedhofsamt.

"Das gleiche gilt für die Frage, ob sie im Sinne von § 6 (1) Nr. 2 LBG NW die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten." (aus einem Berufsverbotsschreiben von 1975)

Fast der gleiche Text - 1933 wie heute. Die sog. "freiheitlich demokratische Grundordnung", die direkte Nachfolgerin von Hitlers nationalem Staat - deutlicher geht es nicht mehr.

Heute sind allein in Dortmund vom Berufsverbot betroffen:

- 11 Lehrer
- 2 Studenten (Sie haben Prüfungsverbot)
- 2 Ärzte
- 2 Sozialarbeiter
- 1 Krankenpfleger
- 1 Krankenschwester

# Polizeiüberfall auf 'Rote Hilfe'-Verkäufer!

Am Samstag, den 8. 3. 75, verkauften die Duisburger Genossen die Sondernummer der Rote-Hilfe-Zeitung in der Jägerstraße. Sie hatten bereits 21 Zeitungen verkauft, als die Polizei anrückte und von allen Genossen die Personalien aufnehmen wollte. Schabronat, der Einsatzleiter beim Arbeitsgerichtsprozess von Hanfried Brenner, bei dem Günter Routhier ermordet wurde, wollte Beate Kohnke, Landtagskandidatin der KPD/ML, verhaften. Er drehte ihr die Arme um - die Genossin hat jetzt eine Muskelzerrung am Handgelenk - bearbeitete sie mit Handkantenschlägen und trat ihr in die Kniekehlen. "Das ist der Mörder von Günter Routhier", schrie Beate, und in der dichten Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, wuchs die Empörung: "Schlag ihm eins vors Fressbrett!", riefen einige, ein älterer Mann versuchte, Beate zu befreien. Angesichts dieser Tatsache traute sich Schabronat nicht mehr, Beate zu verhaften. "Warum willst du sie denn jetzt

nicht mehr festnehmen?" fragte eine Frau. Schabronat wörtlich: "Das sind mir zuviel Leute."

Einige Passanten, die den Polizeiüberfall miterlebt hatten, kamen mit den Genossen in eine Kneipe. Dort wurde eine kleine Versammlung durchgeführt. Weil die Genossen keine "Rote Hilfe"-Zeitungen mehr hatten, verteilten sie die Kleber, die sie bei sich hatten.

Hinterher ging eine Frau noch mit Beate zur Wache, um Anzeige zu erstatten. Die Anzeige wurde mit der Begründung abgelehnt, Schabronat habe im dienstlichen Auftrag gehandelt. Und es wurde auch der Grund dieses Auftrages genannt. Es ist der Satz in der "Rote Hilfe"-Zeitung: "Und im Kampf nach dem Polizeimord an dem Kommunisten Günther Routhier fand die Duisburger RH-Gruppe sich zusammen, darunter auch die Frau des Ermordeten."

## D'K'P 'Solidarität'

D'K'P versucht Unterschriftensammlung der ROTEN HILFE zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen zu unterdrücken.

Die Ortsgruppe Freiburg der RHD sammelte am 31. 1. 75 vor der Rhodioceta (Chemiefaserbetrieb) Unterschriften zur Unterstützung des Hungerstreiks der Politischen Gefangenen. Diese Solidaritätsaktion mußte den D'K'P-Revisionisten, die zur gleichen Zeit verteilten, ein Dorn im Auge sein: Sie versuchten daher - vor allem wenn keine Kollegen kamen - die Unterschriftensammlung mit Gewalt zu unterdrücken, unter dem Vorwand, die RHD würde die Arbeiterklasse spalten. Nachdem die Revisionisten Herbst, Fecht, Kaufmann und einer Ortsgruppe Freiburg der RHD noch nicht namentlich bekannter vergeblich versucht hatten - durch die Drohung die Genossen zusammenzuschlagen - lie Genossen einzuschüchtern, entriß sie einer Genossin eine Unterschriftenliste mit einer Unterschrift und Holger-Meins-Dokumentationen. Da begingen die Genossen einen schwerwiegenden Fehler: Sie unterließen es, die Solidarität der Kollegen zu organisieren, um die Liste zurückzuerobern. Dadurch wurde nicht verhindert, daß der Kollege, der unterschrieben hatte, der Willkür der Sozialfaschisten der D'K'P ausgeliefert wurde: Sie können wie oft schon einen Namen der Bourgeoisie preisgeben. Der Kollege kann im Fall von Schikanen auf die Solidarität der RHD rechnen.

Die Revisionisten aber trugen trotz der Fehler der Genossen eine Niederlage davon: Ein zweiter Versuch, die

## GRÜNDUNGSVERANSTALTUNG IN KIEL

Die Kieler Genossen berichten:

"Am 7. 3. 75 fand in Kiel eine Feier zur Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS statt. Es waren ca. 300 Freunde und Genossen erschienen. Der Agitprop-Trupp "Rotes Sprachrohr" der KPD/ML eröffnete den Abend mit dem Solidaritätslied. Ein Rote-Hilfe-Mitglied begrüßte die Anwesenden und zeigte in einer ausführlichen Rede auf, warum die Gründung der RHD eine Notwendigkeit war. Er ging auf die ruhmreiche Vergangenheit der RHD ein und zeigte die Aufgaben und das Ziel der Roten Hilfe auf.

Der Agitproptrupp überraschte uns mit einem Lied für die Rote Hilfe." Sprecher der KPD/ML und der CISNU drückten ihre Solidarität mit der RHD aus. "Ein früheres 74-jähriges Rote-Hilfe-Mitglied wurde besonders begrüßt. Die Genossin ist auch heute wieder Rote-Hilfe-Mitglied. Ein Rote-Hilfe-Plakat aus den 30iger Jahren wurde amerikanisch versteigert und brachte 630,- DM ein. Der Kollege, der das Plakat ersteigerte, schenkte es der 74-jährigen Genossin. Die Genossin bedankte sich und rief alle Anwesenden auf, den Kampf der alten RHD fortzuführen. Ein Genosse las eine Solidaritätsresolution für den Genossen Sascha vor, der mit starkem Beifall zugestimmt wurde. Mit der "Internationale" beendeten wir die Gründungsveranstaltung, die ein großer Erfolg war."

(leicht gekürzt)

Fortsetzung von Seite 2

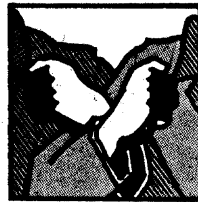
ter anderen von den ausländischen Organisationen wie FRAP und CISNU. Die Kollegen im Betrieb und Radio Tirana versicherten ihre Solidarität.

Die Öffentlichkeit, die Zuschauer wurden ausgeschlossen. Aber es konnte nicht verhindert werden, daß die Öffentlichkeit hergestellt blieb. Trotz aller Versuche, wie die Hatz nach Flugblattverteilern. Jedes Wort, das im Gericht fiel, wurde hinaus getragen.

Die Genossen stellten sich morgens und abends vor die Betriebe, organisierten jeden Abend Veranstaltungen oder Stammtische, gingen an die Haustüren, um die Vorgänge zu berichten, um die Solidaritätsfront zu vergrößern, um den Freispruch zu erkämpfen.

Auf drei Veranstaltungen der RHD wurden 267,- DM gesammelt. Insgesamt über 2.000 DM zusammen mit der KPD/ML.

Die Ortsgruppe München der RHD wird auch nach dem Urteil den Kampf nicht abbrechen, sondern weiter zur aktiven Solidarität aufrufen. und wenn die drei Genossen dann ins Gefängnis kommen, wird sie dafür Sorge tragen, daß die Solidarität die Genossen auch im Gefängnis erreicht. Sie wird die RHD zu einer starken Waffe im Kampf der Werktätigen für ihre Befreiung, für die proletarische Revolution und den Sozialismus machen.



## Rote Hilfe Deutschlands

in Westdeutschland und Westberlin

### Programm

und

### Statut

Zu bestellen bei:

RHD,

46 Dortmund,

Dorstfelder Hellweg 22

PREIS 50 Pfg.

Unterschriftenliste zu entreißen, wurde abgeschlagen, und vor allem gaben zwei Kollegen ihre Unterschrift.



## LESERBRIEF

Maria B., Duisburg-Hamborn

**An die Rote Hilfe**

Der Arbeiter ist für die Befreiung und sofortige Entlassung aller zu Unrecht Festgenommenen, die in ein Gefängnis oder in eine Irrenanstalt verschleppt worden sind, um dort in Qualen langsam zu sterben. -

Massenmörder vom Dritten Reich beherrschen überall noch die Macht. Die Staatsanwaltschaft, das Gericht, die Polizei, der Bürgermeister, der Oberstadtdirektor mit allen Nebenämtern, das Gesundheitsamt, die Feuerwehr, das Ordnungsamt, die aufgebrängten Verteidiger, die Gewerkschaft, das Arbeitsamt, den Caritasverband, die Katholische Gemeinde, die Arbeitgeber. - Das sind die Feinde der Arbeiter. Diese werden alle vom Arbeitergeld ernährt, sie nehmen mit Gewalt unsere Steuergelder und Pflichtbeiträge (Pfarramt), Erwerbslosenbeiträge und die Arbeiterrentenversicherungsbeiträge an sich. Mit Gewalt nimmt der Arbeitgeber das Geld den Arbeitern ab. Die angegebenen machen sich hohe Posten mit einem Beamtengehalt. Das Wort Arbeit kennen sie nicht, die wollen mit unserer Arbeiterpartei keine Gemeinschaft haben, sie stellen sich höher. Sie sehen über uns, die Arbeiter, hinweg. "

Im Folgenden schildert Maria B. dann ihre persönlichen Erfahrungen unter dem Hitlerfaschismus. Sie endet ihren Brief:

Der ganze Staat mit den Ämtern muß abgesetzt werden. Die An-

stalten müssen abgeschafft werden. Nur normale Krankenhäuser dürfen gebaut werden.

Darum möchte ich sagen:

Freiheit für alle Gefangenen unserer Arbeiterklasse, die sich für den Frieden einsetzen, die eines verlangt haben: Die Niederlegung aller Faschisten in dem Staat und den Ämtern wegen Massenmord, Diebstahl und Unzucht am Arbeiter im Gefängnis und in den Anstalten. Diese gehen an den Körper eines gesunden Menschen und machen ihn krank. Die Bürger sagen hier alle: Das ist Unzucht am Arbeiter.

Maria B. "

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

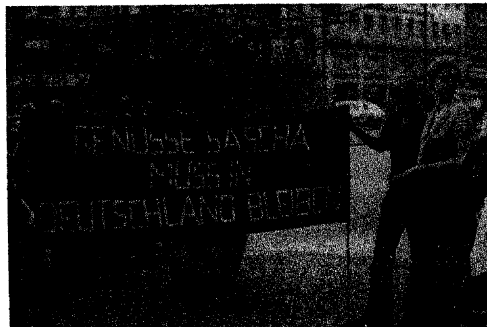
**Leserbrief**

Die Polizei hat den jungen Theo Duifhuis ermordet. Wir kannten den Jungen und seine Familie gut, wir haben mit ihnen getrauert. Wir konnten seinen Tod nicht fassen, er war so ein guter, fröhlicher Kerl gewesen. Bei allen beliebt. Aber die Polizisten werden heute ja wieder auf Arbeitermord gedrillt - so wie wir es schon von 33 kennen, damals hat mein Mann die Folterknechte der SS am eigenen Leib kennengelernt.

So konnten wir so gut nachfühlen, wie es der Frau Routhier ergangen ist. Wir sind sofort mit dem Fahrrad zum Friedhof gefahren, wie wir von der Beerdigung von Günter Routhier hörten. Wenn es jetzt warm wird, wollen wir auch wieder zu seinem Grab hin. Damals haben wir auch Verbindung zur Roten Hilfe bekommen. Es ist gut, daß es die Rote Hilfe gibt, denn gegen den Polizeiterror und die politische Verfolgung müssen wir uns zusammenschließen und die Betroffenen unterstützen.

**Sofort einen deutschen Paß für Sascha!**

Auch Sascha Haschemi, Mitglied der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML, wurde vor einem Jahr zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Sein Berufungsverfahren wurde von den anderen abgetrennt. Sascha mußte am 7. 2. 1974, noch während des Prozesses, in die Illegalität gehen, weil die bürgerliche Klassenjustiz den Haftbefehl bereits ausgestellt hatte, um ihn in das faschistische Persien abzuschieben. Aber was Sascha als Kommunist in Persien mit Sicherheit erwartet, ist Folter und Mord in den Kerkern des Schah.



Sascha ist Münchner, dort aufgewachsen und war zuletzt Lehrling und Jugendsprecher bei Hurth. Mit der iranischen Staatsangehörigkeit des Vaters soll seine Abschiebung begründet werden.

Inzwischen gibt es ein neues Gesetz, nachdem auch Sascha als Kind einer deutschen Mutter auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit erteilt werden muß. Aber noch immer enthält man Sascha den deutschen Pass vor. 20.000 drückten bereits durch ihre Unterschrift ihre Solidarität mit Sascha aus. Der Kampf um seinen deutschen Pass muß verstärkt werden!

**Spendenliste**

## 1. Spenden für die Rote Hilfe Deutschlands

27. 5. OG Köln 17, - DM, OG Bochum 50, - DM, OG Dortmund 38, - DM, 19. 6. OG Geisenkirchen 22, 50 DM; 30. 6. K. Ke, Kiel 70, - DM, W. S., Vattenscheid 30, - DM, OG Bochum 156, - DM; 10. 7. M. C. Weroh 20, - DM; 19. 7. Teilnehmer einer Demo in Köln 40, - DM; 24. 7. F. W. Heppenheim 20, - DM; 31. 7. RH-Initi Freiburg 36, - DM, 1. 8. OG Bochum 25, - DM; 7. 8. Veranstaltung in Wiesbaden 146, 33 DM, RH-Konferenz NRW 26, 05 DM; 14. 8. OG Hamburg 160, - DM, OG Lübeck 79, - DM, OG Westberlin 129, - DM, OG Westberlin 400, - DM; 31. 8. OG Marburg 2, - DM, OG Tubingen 5, - DM; 7. 9. OG Dortmund 500, - DM; 15. 9. OG Bochum 320, - DM, OG Westberlin 644, 87 DM; 4. 10. Hochzeit Neukölln 216, - DM, Polterabend Dortmund 50, 78 DM, OG Bochum 70, - DM; 1. S., Göttingen 18, 43 DM; 30. 10. OG Bochum 100, - DM; 1. 11. Hochzeit Westberlin 300, - DM, OG Bielefeld 100, - DM; 12. 11. H. S. Böblingen 10, - DM; 26. 11. E. A., Lendringen 10, - DM; 2. 12. G. W., Schweinfurt 10, - DM, 10. 12. Geburtstagsfeier Grafenrheinfeld 36, 50 DM; 13. 12. J., Bochum 100, - DM; 16. 12. OG Recklinghausen 50, - DM, OG Hamburg 75, - DM; Antikriegstags-Demonstration Mannheim 45, - DM; 21. 12. Ortsgruppe Westberlin 1000, - DM, OG Bochum 200, - DM, Gründungskongress der RHD 540, - DM, OG Dortmund 100, - DM, 31. 12. OG Dortmund 631, - DM; 1. 1. 75 Stammtisch Bochum, 50, - DM; 26. 1. OG Marburg 20, - DM, Hochzeit Westberlin 120, 25 DM, OG Münster 40, - DM, OG Friedrichshafen 95, - DM; 27. 1. Würzburger Genossen 50, - DM; 28. 1. OG Kiel 100, - DM, Rh-Stammtisch und Info-Stand Kassel 25, 17 DM, OG Dortmund 69, 20 DM; 11. 2. OG Bochum 124, - DM.  
ZUSAMMEN 7.293, 08 DM.

## 2. Spenden für die Familie Routhier seit der Veröffentlichung in der RH-Zeitung 26 (bis dahin Summe: 4.241, 73 DM)

13. 8. K. S., Mainz 258, 65 DM; 30. 8. MLG Mainz/Wiesbaden 50, - DM, OG Frankfurt 200, - DM; OG Bochum 20, - DM; 12. 9. Mainz 65, - DM, OG Hamburg 32, - DM; 16. 1. 75 Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel 80, - DM. Zusammen: 705, 65 DM.  
ZUSAMMEN 4.947, 38 DM.

## 3. Spenden für die politisch Verfolgten

1. 10. OG Lübeck 126, 11 DM; 3. 10. OG Duisburg 130, - DM; 4. 10. Veranstaltung OG Dortmund 271, - DM, OG Bochum 20, - DM; 11. 10. OG Marburg 80, - DM; 23. 10. OG Bielefeld 50, - DM, OG Bochum 60, - DM; 22. 10. K. B. Reutlingen 50, - DM; 25. 10. Veranstaltung OG München 115, - DM; 28. 10. Arbeiterstammtisch Karlsruhe 30, - DM; 30. 10. OG Dortmund 113, - DM, Veranest. OG Duisburg 305, 54 DM; 15. 11. Veranest. OG Gießen 46, - DM, Veranest. OG Dortmund 227, 85 DM, Examenstafel Dortmund 53, 39 DM; 7. 12. SVV Marburg 60, - DM, OG Frankfurt 150, - DM, Rh-Veranst. Kiel 99, - DM; 13. 12. OG Bochum 11, 40; 16. 12. OG Kiel 333, 90 DM, OG Dortmund 174, 48 DM, OG Ost-Westfalen 103, 56 DM, OG Marburg 128, - DM, OG Dortmund 93, 75 DM; 31. 12. OG Dortmund 62, - DM, 26. 1. 75 OG Kiel 45, - DM; 2. 1. GM Marburg 100, - DM; 17. 1. aus Broschüren-Verkauf Gießen 39, - DM, Münster 29, - DM, Kassel 16, 70 DM; 20. 1. unbekannt 50, - DM, Stammtisch Kassel 29, 90 DM; 11. 2. OG Dortmund 10, - DM.  
ZUSAMMEN 3.213, 58 DM.

## 4. Sonstige Spenden

Sept. OG Bochum für FRAP-Prozesse 22, 50 DM, Gen. aus Recklinghausen für polit. Prozesse 100, - DM; 23. + 30. 10. OG Bochum für FRAP 160, - DM; 1. 11. OG Bielefeld für Kercher/Baron 126, - DM; 11. 1. 75 OG Mannheim für Antikriegstags-Prozesse 150, - DM.  
ZUSAMMEN 558, 50 DM.

Summe aller Spenden seit der Osterkonferenz bis zum 10. 2. 75:

**1 6012,54 DM**

# Polizeiterror!

Nach der Entführung von Peter Lorenz hat besonders in Westberlin eine neue Welle ungeheuren Polizeiterrors eingesetzt. Tausende Polizisten wurden aus Westdeutschland nach Westberlin geflogen, um dort bei einem zentralen Einsatz der Bevölkerung Polizeistaatsmethoden zu demonstrieren.

Nachts ab 1 Uhr wurden Straßensperren errichtet, ganze Viertel hermetisch abgeriegelt. In den ersten vier Stunden wurden allein über 3.000 Autos durchsucht, von mit Maschinenpistolen und Stahlhelmen ausgerüsteten Polizisten umstellt. Einige Autofahrer mußten die Schikanen auf ihrem Weg durch Berlin bis zu sechsmal über sich ergehen lassen. Die Polizei drang in über 80 Wohnungen ein und nahm 150 Menschen vorübergehend fest.

Wie sie sich dabei aufführte, dokumentiert der folgende Auszug aus dem bürgerlichen "Tagesspiegel" vom 6. März über die Durchsuchung eines Jugend-Wohnkollektivs:

In der Wilhelmstraße 9, wo die Haustür nicht verschlossen war, wurden die etwa 40 Bewohner im Schlaf von der Polizei überrascht. Sie sahen, wie uns einige Bewohner bei einem Rundgang durch alle Räume sagten, in einen Raum gedrängt worden und waren nicht dabei, wie in den anderen Zimmern die Verwüstungen angerichtet wurden. Es wurden nicht weniger als 27 Fenster zerschlagen, auch in den oberen Etagen, die zum Hinterhof gehen. Das Mobiliar im großen Gemeinschaftsraum im Erdgeschoß wurde fast vollständig demoliert und lag gestern noch wüst durcheinander. Das Telefonkabel war aus der Wand gerissen, fast alle Schränke waren ausgeräumt und der Inhalt in den Räumen verstreut. Alle Mülltüten waren in die Räume entleert worden. Spiegel wurden zerschmettert, Vorhänge zerfetzt, und von gerade neu angeschafften Waschmaschinen wurde eine unbrauchbar gemacht, indem das runde Kontrollfenster aus seiner Verankerung gerissen wurde. An der anderen Waschmaschine wurde das Armaturenfenster zerschlagen, Lampen wurden zertrümmert, Plattenspielerarme zerbrochen und Schallplatten zerbrochen. Ein schwerer Kanonenofen war von dem Ofenrohr abgerissen und in die Zimmermitte gestoßen worden.

Die Bewohner beteuerten, daß sie keinen Widerstand geleistet hätten: „Das wäre ja Selbstmord gewesen, wir waren ja wehrlos gegen die bewaffneten Polizisten“, sagten sie. Trotzdem wurde in einigen Räumen Tränengas gegen die Bewohner geworfen, dessen Wirkung noch gestern nachmittag zu spüren war. Die zerbrochenen Fenster waren gestern abend noch nicht repariert. Farbtopfe, mit denen die Bewohner einige Räume gestrichen hatten, waren über die Fußböden entleert worden.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS wird die Opfer dieser Polizeiaktionen in jeder Hinsicht unterstützen.

**NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR!**

## Freiheit für die türkischen Patrioten!

In Frankfurt wurden die türkischen Patrioten Yildirim Dayyeli und Himmet Subasi von der Staatsschutzkammer beide zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich im Verlauf des Prozesses alle Anklagepunkte - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, verbotener Waffenbesitz, Vorbereitung eines Explosionsverbrechens und Urkundenfälschung - in sich zusammenfielen. Die Richterin mußte in ihrer Urteilsbegründung zugeben, daß nicht auszuschließen sei, daß Himmet Subasi Opfer einer "Provokation und Inszenierung" geworden sei. Auch der Staatsanwalt merkte, daß keines seiner Indizien stichhaltig war und folgerte daraus wörtlich: "Man soll jetzt nicht einfach sagen, O+O+O+O=O, sondern O + O + O + O ist eben doch mehr als nichts." Die Tatsache, daß die beiden Patrioten trotzdem verurteilt wurden zeigt: sie wurden verurteilt wegen ihrer antiimperialistischen, revolutionären Gesinnung.

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe Deutschlands berichtet dazu:

Wir haben die beiden Genossen schon seit längerer Zeit betreut, sie im Gefängnis besucht, ihnen Zeitungen, Bücher und

anderes geschickt. Wir haben mit Flugblättern für den Prozeß mobilisiert und gemeinsam mit der KPD/ML Kundgebungen vor den Farbwerken in Höchst, in der Innenstadt und vor dem Gefängnis Preungesheim durchgeführt, an denen sich teilweise auch die "Rote Hilfe" e. V. und die GRF beteiligt haben. Wir haben 2 Stammtische zum Prozeß veranstaltet, zu denen jeweils etwa 25 Leute kamen. Zu unserem 2. Stammtisch kam auch Genosse Dayyeli und berichtete vor allem über seinen Kampf im Gefängnis. Es gelang ihm, viele Mithäftlinge, darunter viele Ausländer, zu politisieren und für den Marxismus-Leninismus zu interessieren. Die RHD hat gemeinsam mit der KPD/ML, der GRF, der "Roten Hilfe" e. V., der Liga gegen den Imperialismus, ATÖF, CISNU und anderen eine Demonstration durchgeführt, an der etwa 300 Leute teilnahmen und die auf großes Interesse stieß. Auch finanziell haben wir die Genossen unterstützt. Auf der Demonstration und auf einem Stammtisch haben wir 76,35 DM gesammelt. Durch diesen Kampf hat die RHD am Ort 10 neue Sympathisanten gewonnen, von denen 4 schon jetzt in die RHD eintreten wollen.



### ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

**GRÜNDUNGSVERANSTALTUNG**



Solidarität hilft siegen!  
Kämpft mit in der Roten Hilfe

## 22. März in Hamburg

### Es spricht: Bernd Reisser

Mitglied der Zentralen Leitung der RHD

Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich  
"Stübens Gesellschaftsräume", Großer  
Saal  
Beginn: 17 Uhr  
vorher Demonstration

### Impressum

Herausgeber:  
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands  
Postanschrift der Redaktion:  
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22  
Presserechtlich verantwortlich:  
Dieter Kwoll  
2 Hamburg 13  
Rothenbaumchaussee 101c  
Druck:  
Neuer Arbeiterverlag GmbH  
1 Berlin 36

### Abonniert die Zeitung der RHD!

#### Bestellschein

Hiermit beste'le ich: Abonnement ab Nr. ....  
Name, Vorname .....  
Beruf .....  
Postleitzahl, Ort .....  
Straße .....  
Datum ..... Unterschrift .....  
Postanschrift: RHD, 46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22